

Finanzen/Versicherungen/Vorsorge/Soziales/Einkommen/Pensionen/VBV

VBV Vorsorgekasse 2009 mit 3,4 Prozent Performance nach Kosten

Utl.: Mit 1,65 Mio. Begünstigten Marktführer - Hohe Arbeitslosigkeit
bremst Einnahmen -Auch in Krise Entnahmen geringer als erwartet
- Mehr Veranlagungen endfällig - Kapitalgarantie greift =

Wien (APA) - Die VBV Vorsorgekasse - mit einem Drittel Marktanteil bzw. 1,65 Mio. Anwartschaftsberechtigten die Nummer 1 in der "Abfertigung neu" - hat im vergangenen Jahr eine Nettoperformance von 3,4 Prozent nach allen Kosten erzielt. Damit ist man nach dem turbulenten Börsenjahr 2008 mit Null Wertzuwachs wieder auf den langfristigen Trend von mehr als 3 1/2 Prozent Plus eingeschwenkt. Verwaltet wird bereits eine Milliarde Euro. Beitragseinnahmen von 265 Mio. Euro standen 75 bis 80 Mio. Euro Auszahlungen gegenüber.

Um noch mehr Stabilität und "Glättung" in die Veranlagung zu bekommen, will sich die VBV Vorsorgekasse künftig stärker bis zur Endfälligkeit gehaltener Papiere bedienen. Jetzt dürfen auch Abfertigungskassen "Held to maturity"-Veranlagungen bilden, die während der Laufzeit zu konstanten Kursen in der Bilanz bleiben. Diesen Anteil will die VBV auf bis zu 40 Prozent erhöhen, sagte Vorstandsdirektor Karl Heinz Behacker im Gespräch mit der APA. Mit Bundesanleihen geschehe dies schon derzeit zu 20 Prozent.

Aktuell hat die VBV abgesehen von den Bundesanleihen weitere knapp 60 Prozent der veranlagten Gelder in Rentenpapieren mit kurzen Laufzeiten stecken (inkl. Corporate Bonds), etwa 10 Prozent in Cash und Alternativen Investments (inkl. Rohstoffe) und nur 10 Prozent in Aktien, auch die aber immer wieder abgesichert. Solcherart will man auch heuer wieder 3 bis 4 Prozent Nettoperformance erreichen können.

Seit dem Start Anfang 2003 hat die VBV Vorsorgekasse kumuliert 28,16 Prozent Wertzuwachs in der Veranlagung erzielt, das sind pro Jahr netto 3,62 Prozent nach Abzug aller Kosten. Bei einer KEST-pflichtigen Veranlagung wären dafür brutto 4,83 Prozent p.a. nötig. In den vergangenen fünf Jahren (bis 30.9.) schaffte die VBV laut OeKB kumuliert 17,47 Prozent, die Gesamtbranche 14,45 Prozent.

Gebremst würden die Beitragseinnahmen in der "Abfertigung neu" durch die hohe Arbeitslosigkeit, die auch noch 2011 anhalten werde, so Behacker. Dennoch rechne er auch für die nächsten fünf bis sieben Jahre mit einem dynamischen Wachstum der Beiträge. Wachsen könne die Branche aber eigentlich nur noch durch die Gründung neuer Firmen in Österreich, im Schnitt rund 30.000 jährlich.

Trotz der Wirtschaftskrise halten sich laut Behacker die Entnahmen von angesparten Abfertigungsguthaben in Grenzen. Es seien weit weniger als die ursprünglich prognostizierten 50 bis 60 Prozent. Eine Auszahlung ist frühestens nach drei Jahren möglich bei Beendigung eines Arbeitsverhältnisses. An sich sollte das Geld bei einem Job-Wechsel in der Kasse bleiben, ist die Vorsorge-Idee bei der Abfertigung.

Damit die Anwartschaftsberechtigten auch in turbulenten Veranlagungsjahren wie etwa 2008 nichts oder nur möglichst wenig verlieren, gibt es bei der Mitarbeitervorsorge eine Bruttokapitalgarantie, die sich auf 100 Prozent der eingezahlten Beträge bezieht, also noch vor Abzug von Kosten. Um auch in schwierigen Jahren bei Geldentnahmen diese Garantie zu gewährleisten, bilden die Vorsorgekassen Rücklagen, denn im Ernstfall müsste die Kasse die Differenz begleichen. Die Vorsorgekassen müssen Jahr für Jahr fünf Prozent der Verwaltungskosten dafür zurücklegen. Die VBV hat diesen Topf 2009 zusätzlich mit 1 Mio. Euro dotiert. Aber selbst 2008 habe man in diesen Topf kaum hineingreifen müssen, damals hatte die VBV mit -0,11 Prozent in der Veranlagung fast nichts verloren. "Verluste zu vermeiden, war unser oberste Ziel", so Behacker. Wäre man aber z.B. bei der Performance mit 3 oder 5 Prozent ins Minus gerutscht, hätte sie im Jahr darauf 6,6 oder 8,8 Prozent Plus machen müssen statt 3,4 Prozent, um den Verlust wieder auszugleichen.

An Verwaltungskosten verlangt die VBV anfangs 2,5 Prozent, später sinkt der Satz alle 2 Jahre um 0,3 Prozentpunkte bis auf 1,5 Prozent. Die Vermögensverwaltung kostete weitere 0,7 Prozent im Jahr.
(Schluss) sp/itz

APA0067 2010-02-01/09:30

010930 Feb 10